

## ESSAY

# Der missbrauchte Journalismus

Nicht jeder, der über einen Journalistenausweis verfügt, muss tatsächlich ein Journalist sein – es kann sich auch um einen Vertreter eines staatlichen, quasistaatlichen oder privaten Geheimdienstes handeln.

Der Fall Correctiv führt uns vor Augen, dass Journalismus missbraucht werden kann

**K**ennen Sie das Büro 121, oder waren Sie schon einmal dort? Kennen Sie den Forschungs- und Analyseflügel, und wenn nicht, vielleicht das Institut für Aufklärung und besondere Angelegenheiten oder das Zentralamt für Intelligenz? Nein? Doch, zumindest von den beiden letzten haben Sie schon gehört. Das „Büro 121“ ist ein nordkoreanischer Geheimdienst, der vor allem für technische Angriffe auf andere Staaten verantwortlich ist. Der Forschungs- und Analyseflügel ist der indische Geheimdienst, das Institut für Aufklärung und besondere Angelegenheiten ist der Mossad und das Zentralamt für Intelligenz die CIA.

Geheimdienste nennen sich nicht immer „Geheimdienst“, und selbst wenn sie es tun, treten sie operativ selten als solche in Erscheinung. Sie lieben es, unter verschiedenen Identitäten und Namen in Erscheinung zu treten. Dies gilt natürlich auch, wenn der Name des Geheimdienstes öffentlich bekannt ist. Auch dann treten die Mitarbeiter selten als Geheimdienstmitarbeiter auf, auch im Bekannten- und Freundeskreis weiß normalerweise niemand, dass der beste Freund für einen Geheimdienst arbeitet. Sie treten als Mitarbeiter langweilig klingender Behörden, Verbände oder Firmen auf und nehmen, wenn sie operativ gegen Zielpersonen tätig sind, gerade die Identität an, die für die Zielerreichung am besten geeignet ist.

Geheimdienstler treten als Wissenschaftler, Unternehmensvertreter und immer wieder gern auch als Journalisten auf, weil dort die Neugierde und das Einmischen in fremde Angelegenheiten zum Beruf gehört. Manche Geheimdienste leisten sich Tarnunternehmen, Tarnmedien oder Pseudoinstitute, wo Geheimdienstarbeit betrieben wird. Teilweise nisten sie sich auch in großen Unternehmen ein.

Wenn Sie das verstanden haben, ist klar, dass Geheimdienst nicht nur das ist, wo Geheimdienst draufsteht, sondern Geheimdienst ist das, was geheimdienstlich arbeitet. Deshalb wird unterschieden zwischen einem formellen Geheimdienstbegriff – eine Organisation nennt sich „Geheimdienst“ und ist so organisiert – und einem materiellen Geheimdienstbegriff – Geheimdienst ist auch, wie auch immer er sich nennt und organisiert ist, wer mit geheimdienstlichen Methoden arbeitet und geheimdienstliche Ziele verfolgt.

Wenn Sie mir bis hierhin gefolgt sind, schlage ich vor, dass wir uns gemeinsam die Organisation Correctiv und den

Skandal um die sogenannte „Wannseekonferenz 2.0“ anschauen. Vieles ist bekannt, ich fasse nur kurz zusammen, damit wir auf dem gleichen Stand sind, um uns dann wieder mit dem Thema Geheimdienst zu beschäftigen.

Correctiv nennt sich eine gemeinnützige Redaktion, die investigativen Journalismus betreibt. Im Januar 2024 veröffentlichte Correctiv unter der Überschrift „Geheimplan gegen Deutschland“ einen Artikel über ein privates Treffen im November 2023 in einem Hotel in Potsdam. Correctiv berichtete, dass bei diesem privaten Treffen AfD-Politiker, der als rechtsextrem bezeichnete Buchautor Martin Sellner von der Identitären Bewegung, Unternehmer und CDU-Mitglieder teilgenommen haben sollen. Dort sei über „Remigration“ gesprochen worden. Correctiv erzeugte das Narrativ,

dass dort ein Geheimplan zur zwangsweisen Rückführung von Migranten, auch deutscher Staatsangehörigkeit, diskutiert worden sei und suggerierte Parallelen zur historischen Wannseekonferenz von 1942, bei der die Nazis die „Endlösung“ planten. Correctiv erwähnte die räumliche Nähe des Treffpunkts zum Wannsee und riss historische Deportationspläne wie den Madagaskar-Plan an.

Die Veröffentlichung führte zu einer gut orchestrierten, gut vorbereiteten und breit angelegten Kampagne „Gegen Rechts“, in die weite Teile der Medien, Teile der linken Kulturszene und linke Parteien, insbesondere SPD und Grüne, eingebunden waren – und die zu Massendemonstrationen „Gegen Rechts“ führte. Politiker wie die Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Bundeskanzler Olaf Scholz schlossen sich an, und es wurde ein gesellschaftliches Klima der Empörung geschaffen. Dagegen erhielten die zeitgleich stattfindenden Massendemonstrationen von Landwirten und Transportunternehmer gegen die Politik der Bundesregierung keine mediale Aufmerksamkeit.

Während der privaten Veranstaltung, über die Correctiv später berichtete, war eigens ein Mitarbeiter von Correctiv als Hotelgast eingemietet, der sich allerdings nicht als Journalist zu erkennen gab. Correctiv wusste offenbar vor dem Treffen, dass, wo und mit welchen Teilnehmern es stattfinden würde, obwohl diese Informationen nicht öffentlich waren. An dem eigentlichen privaten Treffen nahm der Mann nicht teil, es wurde allerdings detailtreu aus den Gesprächen zitiert, sodass der Verdacht aufkam, dass die privaten Ge-



HANS-GEORG MAASSEN  
ZUR SACHE

## Es entspricht der Zersetzungstechnik von Geheimdiensten in totalitären Gesellschaften, politische Gegner mit frei erfunden oder verfälschten Tatsachen zu bekämpfen

sprache von Correctiv abgehört worden waren, was Correctiv selbst allerdings bestritt. Im Nachhinein stellte sich durch Gerichtsentscheidungen heraus, dass wesentliche durch die Correctiv-Berichterstattung ausgelöste Narrative unwahr waren, insbesondere dass von Deportationen oder der Ausweisung deutscher Staatsangehöriger gesprochen worden wäre. Vielmehr hätte Martin Sellner sein Buch vorgestellt, zu dem Fragen gestellt wurden.

Im Nachhinein wurde auch bekannt, dass ein überraschend enges Verhältnis zwischen Correctiv und Regierungsstellen bestand und möglicherweise immer noch besteht. Kurz vor dem Potsdam-Treffen fand ein Gespräch zwischen der damaligen Correctiv-Geschäftsführerin Jeannette Gusko und Bundeskanzler Olaf Scholz im Kanzleramt statt. Weitere Gespräche auf Arbeitsebene dürften ebenfalls stattgefunden haben. Hinzu kommt, dass Correctiv-Mitglieder wie David Schraven in der Vergangenheit für regierungsnahen Medien gearbeitet hatten. Diese Verbindungen sind zumindest ein Beleg für eine strukturelle Nähe zur linken Regierungslinie, insbesondere da Correctiv-Themen – Klimawandel, Rechts extremismus, Desinformation – oft mit den Prioritäten der Ampelregierung übereinstimmen. Belege für direkte Weisungen der Bundesregierung an Correctiv gibt es nicht, doch die Kombination aus Finanzierung, persönlichen Kontakten, thematischer Ausrichtung und der Bekämpfung von Personen oder Gruppen, die von den regierenden Parteien als gegnerisch angesehen werden, begründet den Verdacht, dass Correctiv ein verlängerter Arm der Regierung sein könnte.

In einer freiheitlichen Gesellschaft kommt den Medien die Aufgabe zu, die Bürger als Souverän möglichst umfassend, wahrheitsgemäß und ausgewogen über Geschehnisse zu informieren, Geschehnisse sachkundig zu kommentieren, politische Entwicklungen kritisch zu begleiten und dabei auch Machtmissbrauch und Skandale der Herrschenden aufzudecken. Parteiischer Journalismus, der Agitation und Propaganda im Dienst einer Partei oder Ideologie betreibt, ist kein Journalismus, sondern eben Propaganda.

Investigativer Journalismus hat die Herrschenden zu kontrollieren und nicht die Beherrschten und auch nicht die Kritiker und die politischen Gegner der Regierung. Es ist nicht Aufgabe von Journalisten, einfache Bürger oder Oppositionelle auszuforschen, sie öffentlich vorzuführen, zu demütigen, zu diskreditieren und medial hinzurichten. In autoritären oder totalitären Staaten ist dies typisch und erfolgt regelmäßig durch die Geheimdienste, Parteigeheimdienste oder geheimdienstähnliche Einrichtungen. Tun dies Journalisten, ist der Journalistenausweis lediglich die Legende oder Abtarnung für eine geheimdienstliche Tätigkeit.

Ich komme zurück auf den Geheimdienstbegriff: Correctiv ist für mich ein Geheimdienst im materiellen Sinne, der unter der Tarnung, ein journalistisches und gemeinnütziges Medium zu sein, zumindest zu einem wesentlichen Teil das Ziel verfolgt, im Sinne der linken Ideologie politische Feindbekämpfung zu betreiben. Correctiv betreibt oder unterstützt Kampagnen im Sinne dieser Politik, wobei es nicht auf den Wahrheitsgehalt der medial transportierten Inhalte ankommt, sondern auf die Wirkmächtigkeit nach außen.

Auch dies entspricht der typischen Zersetzungstechnik von Geheimdiensten in autoritären oder totalitären Gesellschaften, in denen Tatsachen frei erfunden oder wahre Tatsachen mit erfundenen oder verfälschten angereichert werden, um politische Gegner zu bekämpfen. Correctiv richtet sich mit seiner Arbeit nicht gegen die Herrschenden, sondern steht vielmehr mit ihren Möglichkeiten als Schild und Schwert an ihrer Seite. Es bekämpft die Opposition und schüchtert sie ein, sorgt aber auch wie ein Schäferhund dafür, dass innerhalb des Mainstreams Politiker sich nicht von der Herde entfernen, sondern auf politischer Linie bleiben.

Betrachtet man die deutsche Medienlandschaft und maßgebende sogenannte NGOs, dann wird deutlich, dass Correctiv nicht die einzige Einrichtung ist, die unter dem Vorwand, als investigative Journalisten zu arbeiten, mit geheimdienstlichen Methoden politische Feindbekämpfung betreibt. Die durchaus engen Verflechtungen begründen den dringenden Verdacht, dass Regierungs- oder Parteistellen eine Art Netz von quasistaatlichen oder quasiparteilichen Geheimdiensten geschaffen haben, obwohl sie es nicht dürfen, um politische Gegner zu bekämpfen.

Der Fall Correctiv verlangt, dass diese quasistaatlichen oder privaten Geheimdienste, die der Bekämpfung von Oppositionellen dienen, verboten werden, weil sie in keiner Weise mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Einklang stehen. Sie müssen zunächst enttarnt und ihre Zersetzungstätigkeit muss öffentlich angeprangert werden. Und wir müssen die Finanzierung dieser quasistaatlichen oder privaten Geheimdienste stoppen.

Vor allem aber brauchen wir klare strafrechtliche Bestimmungen gegen Politiker, die solche Geheimdienste gründen, fördern oder sie dulden, obwohl sie dazu verpflichtet wären, sie zu verhindern. Eine freiheitliche Demokratie, in der eine Regierung oder Regierungsparteien quasistaatliche oder private Geheimdienste gegen ihre Gegner betreiben oder in der gewaltorientierte Banden wie die Antifa geduldet oder sogar unterstützt werden, um politische Gegner einzuschüchtern oder zu vernichten, ist auf der abschüssigen Bahn. Es ist höchste Zeit, dieses Vorgehen zu beenden.